

### Fatal für Mittelstand und Unternehmen

## Nein zur Juso-Initiative

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Juso vernichtet den Schweizer Wohlstand und führt zu massiven Steuererhöhungen für den Mittelstand. Dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden würden Milliarden von Franken fehlen: in den Schulen, bei der öffentlichen Sicherheit und sogar im Klimaschutz.

#### Das fordert die Juso-Enteignungsinitiative

Die Jungsozialisten (Juso) und ihre Verbündeten fordern eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken. Diese Steuer soll ohne Ausnahmen gelten und zusätzlich zu allen bestehenden kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern erhoben werden. Brisant ist auch die geforderte sofortige Umsetzung: Die Enteignung soll ab dem Tag der Abstimmung gelten, noch bevor sich Bundesrat und Parlament mit der Umsetzung befassen konnten. So wenig ist den Jungsozialisten unsere Demokratie wert! In Wahrheit will die Linke unter dem Vorwand des Klimaschutzes schlicht und einfach die grössten Vermögen enteignen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Schweiz – und ihr sozialistisches Wirtschaftsmodell durchsetzen. Klar ist, dass die Initiative eine Auswanderungswelle auslöst, die enorme Löcher in den Staatsfinanzen hinterlässt. Laut Zahlen des Bundes würden durch

eine solche Steuer jährlich bis zu 3,7 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verloren gehen. Der Bundesrat und der Nationalrat empfehlen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Der Ständerat wird in der Sommersession entscheiden. Die Volksabstimmung könnte so am 30. November stattfinden.

#### Nein zu neuen Steuern für den Mittelstand und KMU

Entgegen den ideologischen Behauptungen der Sozialistinnen und Sozialisten werden nicht die Reichsten zur Kasse gebeten. Diese haben die Möglichkeiten, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen. Es sind der Mittelstand und die kleineren und mittleren Unternehmen, die letztlich die Steuerausfälle kompensieren müssen. In Zeiten allgemeiner Teuerung ist es inakzeptabel, dass gerade diejenigen, die zum Wohlstand der Schweiz beitragen, mit neuen Steuerbelastungen konfrontiert werden.

#### Die FDP setzt sich mit aller Kraft gegen diese Initiative ein

Die FDP lehnt die Juso-Enteignungsinitiative entschieden ab und führt den bürgerlichen Widerstand der NEIN-Allianz an. Parallel zur Frühjahrsession von National- und Ständerat im März hat die FDP die erste Welle der FDP-Kampagne lanciert. Sie ergänzte das Lobbying im Bundeshaus und trug die Debatte in die Öffentlichkeit. Die dreiwöchige Kampagne brachte unsere Kernbotschaft klar auf den Punkt: Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle. Die FDP setzt alles daran, den Mittelstand vor neuen Steuern zu schützen und den Zwangsverkauf von Familienunternehmen zu verhindern.

**Machen Sie mit auf:**  
[juso-enteignungsinitiative.ch](https://juso-enteignungsinitiative.ch)

## Glänzende Erfolgsrechnung 2024

Mit dem hervorragenden Rechnungsabschluss 2024 schaffen wir Reserven für die grossen Infrastrukturvorhaben.

Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von rund 1.55 Millionen Franken. Das Ergebnis ist ein Gewinn von 4.1 Millionen. Schon wieder zu pessimistisch budgetiert? Nein. Angesichts der unsicheren Wirtschaftsentwicklung war Vorsicht angebracht.

Die Rechnung 2024 widerspiegelt einen leicht positiven Trend. Gegenüber 2023 nahmen die Einkommenssteuern der natürlichen Personen um fast eine Million zu. Auch stellen wir einen nicht unwesentlichen Zuwachs bei Vermögenssteuern, Sonderveranlagungen (Steuern auf Kapitalbezügen) und Grundstückgewinnsteuern fest, die allerdings wohl nicht jedes Jahr so üppig fließen dürften. Und zum letzten Mal floss der ausserordentliche Ertrag von 1,8 Mio aus der Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens in die Rechnung ein.

#### Eigenkapital als Reserve für Investitionen

Gleichwohl mahnen wir zu Vorsicht. Die Einkommenssteuern werden wegen der durch das politi-

sche Umfeld belasteten Wirtschaft, der sehr geringen Bautätigkeit und der Blockierung von neuen Wohnbauten (zB Uettligen West) nur schleppend zunehmen. In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts wird die Gemeinde massiv in die Erneuerung der Schulanlagen investieren. Das respektable Eigenkapital von rund 17.6 Millionen schafft das Polster, um diese Investitionen ohne Steuererhöhung zu finanzieren. Zu beachten ist auch, dass der Selbstfinanzierungsgrad in den nächsten Jahren unter 50% beträgt, was bedeutet, dass die Gemeinde zur Finanzierung der grossen Investitionen zusätzliches Fremdkapital aufnehmen muss. Angesichts der tiefen Zinsen ist das vorderhand kein Problem. Trotzdem: Es braucht nicht besonders betont zu werden, dass angesichts dieser Prioritäten die laufenden Ausgaben nach wie vor mit Zurückhaltung und Bescheidenheit budgetiert werden müssen.

**Die FDP empfiehlt Ihnen die Erfolgsrechnung anlässig der Gemeindeversammlung vom 17. Juni gutzuheissen.**

## Glosse

Aus bekannt eher etatistisch veranlagten Kreisen erging im Frühjahr, da die Natur zu spriessen beginnt, an den Gemeinderat von Wohlen der nicht so scheue Antrag, die Gemeinde möge doch den Ortsparteien angesichts der gewaltigen Last infolge der kommenden Gemeindewahlen etwas unter die Arme greifen in Form einer finanziellen Beihilfe (gemeinhin Subvention genannt). Sei es doch das Verdienst eben dieser Parteien, das politische Leben am Leben zu erhalten und den öffentlichen Diskurs zu stimulieren. Der Gemeinderat hat am 1. April 2025 (kein Witz) den Beschluss gefasst, «die Hälfte der Druckkosten für die ausseramtlichen Wahlzettel der Gemeindewahlen im Herbst 2025 zu übernehmen.»

Ein Schelm, wer Böses denkt.

Die FDP verzichtet auf diesen Obolus des Steuerzahlers. Dies ist für uns eine Frage der staatspolitischen Haltung. Dass wir als Ortsparteien das politische Leben mitgestalten ist unsere «raison d'être». Diese ist unseres Erachtens mit dem regulären Parteibeitrag durch die Gemeinde abgegolten.

# Zukunftsfähige Lösungen für Wohlen



**Claude Vuffray**  
FDP Gemeinderat  
Departement Bau  
und Planung

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Wohlen

Unsere Gemeinde steht – wie viele andere – vor der Herausforderung, Wachstum, Wohnraumbedarf und Umweltverträglichkeit in Einklang zu bringen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist spürbar, und es ist unsere Pflicht, rechtzeitig und verantwortungsvoll auf diese Entwicklungen zu reagieren.

Unter dem Impuls und Führung der FDP verfolgt das Departement Bau- und Planung konsequent das Ziel, zukunftsfähige Lösungen für die Entwicklung von Wohlen zu schaffen. Entschieden setzen wir uns für folgende Ziele ein:

## Zukunftsgerichtete Planung und Bauten

Wir werden das räumliche Entwicklungskonzept,

das die raumplanerischen Grundlagen für die Gemeinde legt, in der nächsten Legislatureperiode aktualisieren. Mit der bevorstehenden Genehmigung des Baureglements, wird nach mehreren Jahren des Hin und Her mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons seit der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung eine klare Grundlage für die Bautätigkeit geschaffen. Die Rahmenbedingungen für neue Bauprojekte werden wir unter Berücksichtigung einer sparsamen Nutzung des Bodens festlegen. Projekte wie die Einzonung der Sahlmatte oder die Entwicklung der Überbauungsordnung ZPP Nr. 3 «Uettligen West» sind wesentliche Vorhaben für unsere Gemeinde und haben unsere volle Aufmerksamkeit.

## Sinnvolle Infrastrukturen

Wir unterstützen bedarfsorientierte Infrastrukturen, die dem Wohl der Wohlener Bevölkerung dienen. Sei es bei der Schulraumplanung, beim Verkehr, durch sorgfältige Bauentwicklungen und durch die Aufrechterhaltung von Schutzzonen im Rahmen des Masterplans Wohlensee, zusammen mit den Nachbargemeinden.

Die nächste Legislaturperiode wird spannend, und ich freue mich darauf, meinen Beitrag dazu leisten zu können.

# Engagiert und kompetent: Für Wohlen



**Patrick Vogel**  
FDP  
Präsident  
der nichtständigen  
Kommission  
OS - Hika

## Die FDP ist seit 1894 die Partei für Freiheit und Eigenverantwortung.

Das wird auch in Zukunft unsere Überzeugung sein. Zugegeben, das tönt nicht sexy. Es tönt nach Arbeit, Anstrengung und persönlichen Opfern. Da ist es einfacher, den Staat als Problemlöser in die Pflicht zu nehmen und mit immer mehr Forderungen nach Umverteilung, Regelungen und Einschränkungen einzudecken. Ich persönlich bin überzeugt, dass dies ein Irrweg ist. Wo das hin führt, sehen wir in unseren Nachbarländern.

Mein grosses Vorbild hinsichtlich Eigenverantwortung und Fleiss war mein Grossvater. Im Berner Oberland beheimatet führte er gleichzeitig eine Ferienpension, ein Kino, war Dirigent der dort ansässigen Musikgesellschaft und Lebensmittelinspektor. Und Käse produzierte er auch. Es war notwen-

dig, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Und sich auch in der Gemeinde zu engagieren war für ihn selbstverständlich. Nie wäre ihm in den Sinn gekommen, nach dem Staat zu rufen, um dies und jenes einzufordern. Er war im wahrsten Sinn so frei wie man nur sein konnte. Und Freiheit macht glücklich. Tönt altmodisch. Mitnichten.

Als selbständiger Unternehmer hat mein Engagement für die Gemeinde einen hohen Stellenwert. Als Präsident der nichtständigen Kommission für die Erneuerung der Schulanlage Hinterkappelen Dorf (das grösste Investitionsprojekt in der Gemeinde) will ich sicherstellen, dass der Bevölkerung von Wohlen ein zukunftsgerichtetes Projekt vorgelegt wird. Zukunftsgerichtet bedeutet für mich nachhaltig (der moderne Schulbetrieb ist gewährleistet, das Projekt ist in der Bevölkerung verankert und leistet einen Beitrag an das Gemeinwohl), wirtschaftlich (flächeneffizient, optimierte Bau- und Betriebskosten, Einsatz von einfachen Technologien), und finanziell ohne Steuererhöhung tragbar.

Das aus dem Studienwettbewerb hervorgegangene Siegerprojekt (notabene das kostengünstigste aller Projekteingaben) wird aktuell überarbeitet und an einer der kommenden Gemeindeversammlungen zur Abstimmung vorgelegt.

**Save the Date:**  
**28. August 19:30**  
**im Kipferhaus:**  
**Sicherheitspolitik**  
**in Europa.**



**Referent:**  
**Thomas Greminger**  
Botschafter und  
Direktor des Genfer  
Zentrums für Sicherheits-  
politik (GCSP)

**Botschafter Greminger wird über die Konsequenzen des Krieges in der Ukraine und Szenarien für die Sicherheitspolitik in Europa sprechen. Das Genfer Zentrum GCSP fördert den Dialog und die Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen zur Förderung des Friedens und der Sicherheit. Es ist in den aktuellen Verhandlungen zu einem Waffenstillstand in der Ukraine beteiligt.**

**Von 2017 bis 2020 war Thomas Greminger Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).**

**Wir laden Sie herzlich zu diesem hochkarätigen Referat zu einem auch für die Schweiz existentiellen Thema ein.**

**FDP**

- **engagiert**
- **zukunftsgerichtet**
- **gemeinsam**